

KÄMPFEN UM „IHRE“ CHIRURGIE versorgung sichern!



SPÖ und Grüne wollen die flächendeckende Gesundheitsversorgung im Land einsparen.

KURZ GESAGT

Platz für Radler

Die Umgebung von Leoben soll zum Paradies für Mountain-Biker werden, wenn es nach KPÖ-Gemeinderat Karl Mlinar geht: „Bruck, Kapfenberg, Knittelfeld zeigen, wie es geht.“ In Gesprächen mit den Grundeigentümern muss klar werden, dass die Zeit der „Feudalherrschaft in den Wäldern“ vorbei sei.

Abgerissen

Das Gemeindehaus Wienerstraße 182 in Mürzzuschlag ist Geschichte. Weil sich eine Sanierung angeblich unrentabel ist, wird das Gebäude, in dem sich 10 Gemeindeformen befinden geschleift. Franz Rosenblattl, Gemeinderat der Liste Pro MZ, hat damit keine Freude. Denn von Ersatzwohnungen sei keine Rede.

BUNDESFORSTE WERDEN AUSGEHUNGERT

Kein Ausverkauf des Waldes!

Der gesamte Gewinn von 20 Mio. Euro der Bundesforste wird von der Republik abgeschöpft. Aber: Ohne gesunde Bundesforste sind Arbeitsplätze, Wälder und Wasserreserven in Gefahr.

BUNDESFORSTE

Die Bundesforste betreuen 10 % der Staatsfläche und sind Österreichs größter Forst- und Naturbetrieb. Die Besitzungen der Bundesforste sind sozusagen „Allgemeingut“ und dürfen von allen genutzt werden.

Werden Wälder, Jagd- oder Fischereirechte verkauft, dann hat das eingeschränkte Nutzungsmöglichkeiten zur Folge – sei es beim Wandern (eingeschränktes Wegerecht), beim Schwammerlsuchen oder beim Biken!

Die Belegschaft der Bundesforste schlägt Alarm. Weil die Republik den gesamten Gewinn von 20 Millionen Euro und zusätzlich 10 Millionen Euro als „Fruchtgenussentgelt“ abschöpfen will, drohe ein Ausverkauf und der Abbau von Arbeitsplätzen. Der Betriebsrat fordert, dass Investitionskapital im Unternehmen belassen wird. Bei den Bundesforsten finden 1300 Menschen Arbeit.

Diese Arbeitsplätze sind nun gefährdet. Wenn der Bund das ganze Geld abzieht, müsse man für notwendige Arbeiten wie das Aufforsten nach Sturmschäden teure Kredite

aufnehmen, erklärt Zentralbetriebsrat Josef Reisenbichler. Diese müssen bezahlt werden – durch den Verkauf von Wäldern, Jagd-rechten oder Wasservorkommen, befürchtet man.

Seit der „Ausgliederung“ der Bundesforste 1997 hat der Bund 290 Millionen Euro abgezogen. Das Eigenkapital ging von 52 auf 48 % zurück.



Österreichs Wälder sind in Gefahr, weil der Bund das Geld abschöpft.